

## Wirtschaft

[Politik](#) [Panorama](#) [Kultur](#) [Wirtschaft](#) [Sport](#) [München](#) [Bayern](#) [Digital](#) [Auto](#) [Reise](#) [Video](#) [mehr](#)

[Suche](#)

[Home](#) [Wirtschaft](#) [Griechenland](#) [Griechische Einkommen sinken um 40 Prozent](#)

ANZEIGE

22. Oktober 2013 16:29 Griechenland

# Absturz in die Armut

Harte Sparmaßnahmen machen viele Griechen arm. Heute verfügen sie über fast 40 Prozent weniger Einkommen als vor fünf Jahren. Man habe Opfer auf sich nehmen müssen, "die kein europäisches Volk in Friedenszeiten je hat erbringen müssen", sagt der griechische Innenminister.

ANZEIGE

Die schwere Wirtschaftskrise und die harten Sparmaßnahmen haben viele Griechen in die Armut gestürzt: Durchschnittlich sind sie heute fast 40 Prozent ärmer als vor fünf Jahren. Das verfügbare Einkommen habe im zweiten Quartal um 29,5 Prozent unter dem Niveau des gleichen Zeitraums 2008 gelegen, wie aus den jüngsten Daten des nationalen Statistikamtes Elstat hervorgeht. Werde noch die in dieser Zeit angelaufene Inflation berücksichtigt, erhöhe sich das Minus auf nahezu 40 Prozent.

Wegen der immer wieder drohenden Staatspleite hat die Regierung Ausgaben gekürzt und Steuern erhöht, um im Gegenzug Milliarden von internationalen Geldgebern zu bekommen. In den vergangenen vier Jahren wurden beispielsweise die Sozialleistungen um 26 Prozent gesenkt. Das belastet den Konsum im Land, der drei Viertel der Wirtschaftsleistung ausmacht.

Das Bruttoinlandsprodukt dürfte auch deshalb in diesem Jahr um etwa vier Prozent

schrumpfen. Damit hätte das Euro-Land seit 2008 etwa ein Viertel seiner Wirtschaftsleistung verloren. Erst 2014 wird wieder ein kleines Wachstum erwartet.

Die EU-Kommission forderte Griechenland auf, Strukturreformen konsequent umzusetzen und die Effizienz der Verwaltung zu erhöhen. Beides seien Voraussetzung für die Rückkehr zu Wachstum, hieß es in einem in Brüssel veröffentlichten Bericht. So müssten das Steuersystem verbessert und eine ebenso zuverlässige wie unternehmensfreundliche Verwaltung geschaffen werden. "Wachstum und neue Jobs können nur florierende Unternehmen schaffen, die leichten Zugang zu Finanzen und Märkten haben", hieß es. "Es wäre schade, wenn all die Opfer, die das griechische Volk in den vergangenen Jahren erbracht hat, nicht zum Erfolg führen würden."

### "Raus aus der Rezession"

ANZEIGE

Der griechische Innenminister Giannis Michelakis forderte die EU indes auf, demnächst wie im vergangenen November beschlossen über eine langfristige Lösung für Griechenland zu sprechen. Griechenland werde seinen Teil der Abmachung einhalten und 2013 keine neuen Schulden aufnehmen, sagte Michelakis bei der Deutsch-Griechischen Versammlung in Nürnberg.

Mit der strikten Sparpolitik müsse jetzt Schluss sein. "In den vergangenen Jahren mussten wir Opfer auf uns nehmen, die kein europäisches Volk in Friedenszeiten je hat erbringen müssen", betonte Michelakis. "Nun ist die Bevölkerung an ihren Grenzen angelangt." Ein weiteres Jahr mit Kürzungen bei Löhnen und Renten würde auch die Wirtschaft nicht aushalten. "Wir müssen aus der Rezession raus", unterstrich Michelakis in Nürnberg vor rund 400 deutschen und griechischen Politikern und Experten, die sich zu kommunalpolitischen Themen wie Abfall- und Wassermanagement, erneuerbare Energien oder Migration austauschten.

Wie der Anteil der Verbindlichkeiten an der Wirtschaftsleistung langfristig auf ein nachhaltiges Niveau gesenkt werden könne, müsse noch vor der Europa-Wahl im Mai endgültig entschieden werden, forderte Michelakis. "Wir müssen ein Schuldenniveau erreichen, das es Griechenland erlaubt, wieder auf die Märkte zu kommen." Dann

könnte der Staat das Wirtschaftswachstum wieder aus eigener Kraft fördern.

[zur Startseite](#)

Versenden Diskutieren Feedback an Redaktion Kurz-URL kopieren [sz.de/1.1800856](#)  
URL ist in die Zwischenablage kopiert!

Kurz-URL kopierenBitte die  
URL manuel kopieren.  
[sz.de/1.1800856](#)

© 2014 Regeln zum Copyright...

Quelle und Bearbeiter: [Süddeutsche.de/dpa/Reuters/kat/dayk](#)

---

Updates zu Top-News Wirtschaft Griechenland am Abgrund  
Updates zu

[RSS-Feed abonnieren](#)

[Auf Facebook folgen](#)

[Newsletter bestellen](#)

[Auf Twitter folgen](#)

[Auf Google+ folgen](#)

Jetzt meistgelesen auf der Startseite von

Urteil nach Überfall auf Familie in Sachsen-Anhalt

## Ein deutscher Albtraum

**AKTUELLE THEMEN:** [Edathy](#) | [Demokratie](#) | [Schweiz](#) | [TTIP](#) | [Bürgerrechte](#) | [DWN-Förderkreis](#) | [Mehr...](#)

RSS

HOME

DEUTSCHLAND

MITTELSTAND

WELT

FINANZEN

RESSOURCEN

INNOVATION

BANKEN - RETTUNG

# Griechenland: Wie der Euro ein Volk in die Armut stürzt

Deutsche Wirtschafts Nachrichten | Veröffentlicht: 23.10.13, 22:05 | 61 Kommentare

Die griechische Regierung hat im zweiten Quartal so viele Schulden gemacht wie niemals zuvor. Doch das Geld dient fast ausschließlich der Banken-Rettung. Die griechischen Gehälter sind innerhalb eines Jahres um 13,9 Prozent gefallen. Die Arbeitslosigkeit ist auf Rekordhoch. Die privaten Ersparnisse werden aufgebraucht. Die Staatsschulden steigen weiter.

XING<sup>®</sup>

TOP NEWS

## 18.02.2014

**Das gefühlte Europa**  
**EU-Wahl: Europa der**  
**Sanktionen statt**  
**Demokratie**

**DIE GROÙE VERSCHWENDUNG:**

**WAHLGESCHENKE, GROÙPROJEKTE, BÜROKRATIE**

ABONNIEREN SIE  
JETZT DAS FEBRUAR-  
MAGAZIN!

DEUTSCHE  
WIRTSCHAFTS  
NACHRICHTEN

Themen: Arbeitslosigkeit, Armut, Einkommen, Gehälter, Griechenland, Schulden, Schuldenquote, Sparquote, Staatsschulden, Verarmung

Den griechischen Haushalten steht immer weniger Einkommen zur Verfügung. Gleichzeitig explodieren die Staatsschulden. Ein wirtschaftlicher Aufschwung ist in diesen Zahlen nicht erkennbar.

Im zweiten Quartal 2013 lagen die **Gehälter** der Griechen um 13,9 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Die gezahlten **Sozialleistungen** gingen um 12,4 Prozent zurück, berichtet die griechische Statistikbehörde. Daher stand den griechischen Haushalten 9,3 Prozent weniger Einkommen zur Verfügung.

Die **Sparquote** der griechischen Haushalte lag bei minus 8,6 Prozent. Das heißt, die Haushalte gaben deutlich mehr Geld aus, als ihnen an Einkommen zur Verfügung stand. Sie gingen an ihre Ersparnisse.

Der griechische Staat hat im zweiten Quartal **14 Milliarden neue Schulden** aufgenommen. So sehr hat er sich niemals zuvor verschuldet. Noch ein Jahr zuvor lag die Neuverschuldung bei 3,8 Milliarden Euro. Die Ursache des massiven Anstiegs der Staatsschulden sind **Bankenhilfen**.

In der vergangenen Woche sagte der griechische Premier Antonis Samaras zu Vertretern der Troika, er wolle nicht mehr sparen ([hier](#)).

Das griechische **Staatsdefizit** lag im zweiten Quartal bei 16,6 Prozent. Die **Schuldenquote** stieg auf 169,1 Prozent des BIP. Im ersten Quartal dieses Jahres lag die Quote noch bei 160,5 Prozent.

Griechenland hat die mit Abstand **höchste Schuldenquote in der EU**, gefolgt von Italien (133,3 Prozent), Portugal (131,3 Prozent) und Irland (125,7 Prozent). Die Gesamtquote für die Eurozone lag im zweiten Quartal bei 93,4 Prozent nach 92,3 Prozent im ersten Quartal.

Griechenland hat noch immer den **Euro**. Die Banken haben überlebt. Der griechische **Aktienmarkt** steigt. Doch die Bevölkerung ist pleite, arbeitslos und ohne Einkommen.



Vor der EU-Wahl zweifelt eine zunehmende Zahl an Bürgern an den demokratischen Qualitäten der EU. In vielen Bereichen gibt es Defizite, wie sie die EU bei einem Beitrittskandidaten niemals durchgehen lassen würde. Eine Polemik.

[Deutsche Wirtschafts Nachrichten](#) | 18. Februar 2014, 00:11 Uhr | Keine Kommentare

## Merkel und Hollande wollen deutsch-französisches Internet

Deutschland und Frankreich wollen das europäische Internet neu regulieren: Es soll frisches Geschäft in die Deutsche Telekom und in den französischen Anbieter Orange spülen. Erst vor wenigen Jahren war eine deutsch-französische Suchmaschine noch vor dem Start gescheitert.

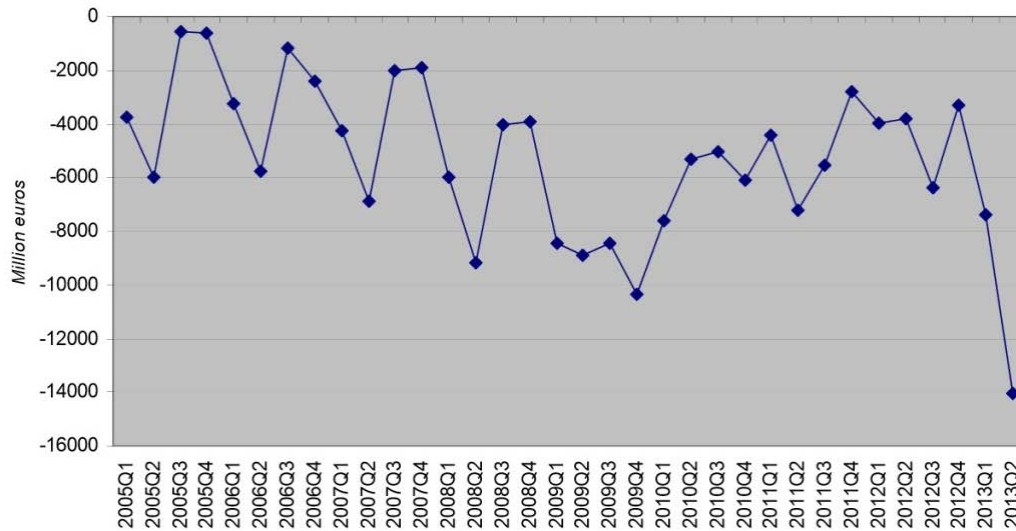
[Deutsche Wirtschafts Nachrichten](#) | 18. Februar 2014, 00:11 Uhr | Keine Kommentare

## Presserat: Internet-Kommentare sollen strenger kontrolliert werden

Ein Online-Kommentar soll in Zukunft wie ein Leserbrief gewertet werden, so der Deutsche Presserat. Das nimmt die Redaktionen stärker in die Pflicht. Die echten Namen der Verfasser sollen dann mitveröffentlicht werden.

[Deutsche Wirtschafts Nachrichten](#) | 18. Februar 2014, 00:11 Uhr | Keine Kommentare

Türkische Journalisten demonstrieren gegen Zensur



Innerhalb nur eines Quartals machte der griechische Staat 14 Milliarden Euro neue Schulden. Das Geld dient fast ausschließlich zur Banken-Rettung. (Grafik: Elstat)

## Kommentare

Dieser Artikel hat 61 Kommentare. Wie lautet Ihrer?

### Hinterlassen Sie einen Kommentar

Ihre E-Mail-Adresse wird nicht veröffentlicht. Erforderliche Felder sind markiert \*

Name \*

E-Mail-Adresse \*

Kommentar

Energiewende: Australien setzt wieder auf Kohle

Pentagon entwickelt Gehirn-Chip für US-Soldaten

### DWN BEI FACEBOOK

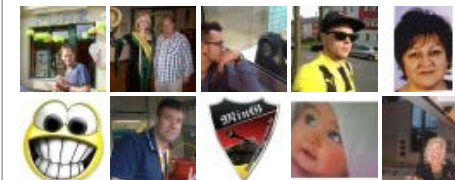
#### Finde uns auf Facebook



Deutsche Wirtschafts Nachrichten

Gefällt mir

18.292 Personen gefällt Deutsche Wirtschafts Nachrichten.



[Registrieren](#)

Erstelle ein Konto oder [Anmelden](#), um zu sehen, was deine Freunde empfehlen.



Facebook will mit Daten von Kindern Geschäfte machen

21 Personen empfehlen das.



6 Personen empfehlen das.



69 Personen empfehlen das.



Geheimplan: Deutscher Steuerzahler muss für Zombie-Banken in Europa haften

34 Personen empfehlen das.



4 Personen empfehlen das.

« ZURÜCK 1 2 3 4

8. November 2013 um 19:13

**Schreiner Hans** sagt:



Man möge mir verzeihen, aber von diesem Unglück hört man nun schon seit Jahren.  
Trotzdem wurden diese EU-Fanatiker und Euro-Währungsfaschisten wieder gewählt, obwohl es andere Möglichkeiten gab.  
In Frankreich ist man am umdenken, in GB und in Finnland auch. In den Niederlanden und Dänemark spielt man nicht mehr mit. In Italien versucht man Beppe Grillo totzuschweigen. Geht nicht!  
Nur hier im Lande der Zahlmeister tut sich garnichts.  
Das Experiment "Euro" ist schon längst gescheitert und diese Eurokraten in Brüssel sollten schnellstmöglich verschwinden.  
Aber dazu braucht es eine Oppsition.  
Haben wir nicht!  
Selbst schuld!

Antworten

26. Oktober 2013 um 15:22

**George** sagt:



Wer glaubt, dass es ein südeuropäisches Phänomen bleiben wird, der schläft den Schlaf des Gerechten!  
Ich hoffe sehr, dass das deutsche Volk aufwachen wird, BEVOR Schäuble&Co. an ihre Ersparnisse gehen!  
Es sind nicht die Griechen, Spanier oder sonstwer. Es ist das System, dass vor keinem Volk haltmachen wird! Sie hetzten die Völker gegeneinander auf, und sie sind die lachenden Dritten!  
WACHT ENDLICH AUF!

Antworten

26. Oktober 2013 um 09:09

**Grünschnabel** sagt:



Merkel und die Bankenverbrecherbrande mit Schäuble tun das.  
Aber wartet, die letzten in der Schlange sind wir.  
Und die schwarze Pest wurde ja wiedergewählt, so what

MARKTÜBERSICHT

INDIZES ROHSTOFFE

Indikation Kurs Zeit Performance

DAX

MDAX

TecDAX

E-Stoxx 50

Dow Jones

NASDAQ 100

Indikation Kurs Zeit Performance

Gold

Silber

Öl (Brent)

Öl (WTI)

Erdgas

Kupfer

WERTPAPIERSUCHE

DAX

1T 1W 1M 3M 6M 1J 5J MAX



Alle DAX Werte auf wallstreet:online

EUROSTOXX 50

1T 1W 1M 3M 6M 1J 5J MAX

Antworten

25. Oktober 2013 um 06:26

**LaPosta** sagt:

Das wird wie Argentinien enden, oder, besser gesagt, würde. Leider ist Griechenland an Euro und EU gebunden und kann keine Insolvenz erklären, sie müssen sich weiter verschulden, aber wie lange noch wird die Bevölkerung aushalten? Ich war 2001 in Argentinien und erinnere mich noch, als es gar kein Pfennig auf der Straße war, keine Arbeit, 20 % Arbeitslosigkeit, gar keine Perspektive... der "corralito", und dann plötzlich begannen die Demos, die Töten auf der Straße, und dann die Plünderungen in den größeren Städten und so weiter und so fort

Antworten

25. Oktober 2013 um 01:08

**Engelmann** sagt:

Es ist zum Verzweifeln! Griechenland ist nur das erste Opfer des internationalen Bankenkartells, das mehr und mehr die Kontrolle über alle Staaten der westlichen "Demokratien" übernimmt, besser gesagt, ausübt. Und was machen die Medien? Sie erzählen uns von einem Boom in Spanien, den es nicht gibt, sie schwadronieren von weiterem Wachstum, sie stilisieren eine Abhöraktion auf die Kanzlerin (Geschäftsführerin) als inkzeptabel hoch, während genau die das Abhören der eigenen Wählerschaft nicht einmal erwähnenswert findet, nun aber sehr empört ist...

Wo leben wir eigentlich? Ist die Umerziehung der Massen zum Wahlvieh bereits so fortgeschritten, dass  $1+1 = 3,786543$  ist? Wahlbetrug wird nicht verfolgt, sondern unter den medialen Teppich gekehrt, also ehrlich, welcher "Journalist" kann noch in den Spiegel sehen, ohne sich zu über....., wenn kein noch so offenkundiger Rechtsbruch mehr die Titelseite erreicht?? Mir ist echt schlecht! Und nun übt die Bundeswehr die Aufstandbekämpfung, sagt mal, klingelt es vielleicht mal?

Antworten

26. Oktober 2013 um 15:05

**George** sagt:



Alle Euro-Stoxx 50 Werte auf wallstreet:online

**S & P 500**



Alle S&P 500 Werte auf wallstreet:online

**DOLLARKURS**



Mehr zu Devisen auf wallstreet:online

**GOLDPREIS**





Sehr richtig!!

Antworten

24. Oktober 2013 um 22:21

**pedrobergerac** sagt:



Warum informiert man denn die Griechen nicht über das verbrecherische Geldschöpfungsmonopol der FED und ihres Zentralbankensystems? Man muss doch schließlich seine Feinde kennen bevor man sie bekämpfen kann.

<http://der-klare-blick.com/2013/10/das-falschgeldsystem-sehr-anschaulich-erklart/>

oder direkt

[http://www.youtube.com/watch?feature=player\\_embedded&v=iFDe5kUUyT0](http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=iFDe5kUUyT0)

Antworten

24. Oktober 2013 um 18:46

**Michael** sagt:



Ziemlicher Stuss, auch dieser DWN-Artikel. Den Griechen geht es auch heute noch weitaus besser als vor der Euroeinführung. Sonst wären sie längst ausgetreten.

Das Geld dient nicht der Bankenrettung, sondern der "Rettung" der Gläubiger der Banken. Das ist ein himmelweiter Unterschied. Das sind auch griechische Superreiche, aber in der Mehrheit sind es die in keiner Relation zur Wirtschaftsleistung Griechenlands stehenden Einkommen von Staatsdienern und Rentnern. Ein griechischer Euro wäre nicht einmal 44 cent wert. Das bedeutet nicht weniger, als dass allen Griechen normalerweise die Einkommen um unglaubliche 56% gekürzt werden müßten, um das Land aus der Pleite zu holen. Das ist schlicht unmöglich, auch in 20 Jahren nicht.

Liebe DWN, gewöhnt euch bitte an, außer populistischer Propaganda auch mal die Zahlen anzusehen. Ob irgendwelche Börsen steigen oder fallen, ist im Kontext bedeutungslos. So, wie sie heute explodieren, werden sie eher früher als später auch wieder zusammenbrechen.

Antworten

25. Oktober 2013 um 11:34

**walterwerner.de** sagt:



an Michael,



Stillstand: Mittelstand hat kein Geld für Innovationen



USA schicken Robo-Cops auf Gangster-Jagd



Fingerabdruck unnötig: System erkennt Menschen am Geruch

#### LEBENSMITTEL



Drei Monate Haft für Lebensmittel-Diebstahl aus der Mülltonne



Freihandel: EU und USA treten in geheime Verhandlungen ein



Patent auf eine Frucht: Syngenta greift nach Paprika



Zehntausende protestieren gegen Agrar-Industrie in Berlin



Inflation: Lebensmittel-Preise explodieren

#### GESUNDHEIT



EU verwehrt Kindern lebensrettende Medikamente



Cannabis könnte HIV-Ausbreitung im Körper stoppen



Goldman Sachs steigt bei Rhön-Klinikum ein



Agrar-Industrie jubelt: Gen-Mais in Europa nicht mehr aufzuhalten



Brasilianische Droge soll gegen Krebs helfen

danke für deinen ausgewogenen Kommentar. Kann mich nur anschließen.  
gez. walterwerner.de

[Antworten](#)

---

26. Oktober 2013 um 00:08

**La Paloma** sagt:



Natuerlich betrifft das nicht alle Menschen in Griechenland, aber sehr sehr viele.

Nicht nur hier bei DWN oder auch bei ZEIT

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2013-09/griechenland-armut-keine-hilfe-fuer-fluechtlinge>

wurde und wird darueber berichtet. Das NET ist voll von entsprechenden Berichten. Nur Leute mit Scheuklappen vor den Augen wollen das nicht lesen.

[Antworten](#)

---

26. Oktober 2013 um 15:12

**George** sagt:



@Michael

Leben Sie in Griechenland? Haben Sie die letzten 20 Jahre in Griechenland gelebt?

Woher kommen Ihre Informationen? Aus den Massenmedien?

Gläubiger oder Banken, Fakt ist, dass die Bevölkerung leidet!!

“Den Griechen geht es auch heute noch weitaus besser als vor der Euroeinführung”

→ Verzeihung, aber das ist schlichtweg NICHT WAHR!!!

[Antworten](#)

---

8. November 2013 um 10:02

**Schreiner Hans** sagt:



Die Behauptung, der griechischen Bevölkerung gehe es besser als vor der Euroeinführung ist völlig aus der Luft gegriffen. Mir liegen Berichte vor nach denen nicht einmal die Hälfte der Griechen Zugang zur Gesundheitsfürsorge hat.

Arme Diabetiker leben gefährlich oder sterben einfach.

Zum Teil herrschen Zustände wie vielleicht in Drittweltländern üblich.

Kinder brechen in der Schule vor Hunger zusammen. Die Selbstmordrate ist

rasant gestiegen.  
Ich kenne Griechenland von früher her.  
DAS hat es noch nie gegeben, ausser in Kriegszeiten.  
Nicht mal unter der Herrschaft der Militärjunta!  
Der Euro ist Währungsfaschismus, nichts anderes!

[Antworten](#)

---

24. Oktober 2013 um 14:38

**Linda Larin** sagt:



Stimme @Falkenauge voll zu. Demokratie in Germany gibt es nicht und gab es nie! In der EU brauchen wir kaum drüber reden.

[Antworten](#)

---

24. Oktober 2013 um 14:20

**yota-berlin** sagt:



Die Austerität tötet Menschen und Volkswirtschaften.  
<http://acemaxx-analytics-dispinar.blogspot.ch/2013/07/austerity.html>

Griechenland könnte jederzeit seine Souveränität wieder herstellen, eine eigene Währung einführen, eine Schuldenrestrukturierung vornehmen und in 3 Jahren würde es Griechenland wieder einigermaßen gut gehen.

[Antworten](#)